



<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>	Vorlage Nr.:	<b>2019/1030</b>
Die Linke-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	<b>Dez. 6</b>
<b>Ausweitung von Anwohnerparkzonen im gesamten innerstädtischen Bezirk</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>19.11.2019</b>	<b>28</b>	<b>x</b>	

Die Verwaltung verweist hierzu auch auf die Stellungnahme zu den Anträgen des Gemeinderates vom 26. September 2017 und 26. Februar 2019. Für die Ausweisung von Bewohnerparkzonen sind umfangreiche Datenerhebungen notwendig. Die Stellplatzanzahl verändert sich durch die im Rahmen des Projektes „Faires Parken in Karlsruhe“ stattfindenden Nacharbeiten, nach wie vor. Es können daher aktuell keine belastbaren Aussagen zu den jeweiligen Stadtteilen getroffen werden. Auch das Parkverhalten der Bewohner - Nutzung privater Stellflächen die auf Grund der bisher hohen Anzahl öffentlicher Stellplätze für andere Zwecke entfremdet wurden verändert sich derzeit noch. Die Verwaltung wird die Nacharbeiten des „Fairen Parkens in Karlsruhe“ voraussichtlich im Laufe des Jahres 2019 abschließen. Erst danach kann die gesamtstädtische Betrachtung und Überarbeitung der Bewohnerparkzonen erfolgen. Erste verwaltungsinterne Abstimmungen hierzu finden Ende 2019 statt. Das weitere Vorgehen wird im Frühjahr 2020 dem Planungsausschuss vorgestellt. Zum Bewohnerparken an sich noch folgende gesetzliche Rahmenbedingungen: Innerhalb einer Bewohnerparkzone dürfen tagsüber (6 bis 18 Uhr) maximal 50 % der Stellplätze bevorrechtigt für Bewohner ausgewiesen werden. Nachts (18 bis 6 Uhr) dürfen 75 % zu Gunsten der Bewohner ausgewiesen sein. Die Erteilung der Ausweise erfolgt in größerer Anzahl als die der vorhandenen Stellplätze und ist keine Garantie für einen freien Stellplatz, sondern stellt nur eine Berechtigung dar, in dieser Zone parken zu dürfen. Die Stadtverwaltung bittet, den Antrag als erledigt zu betrachten.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	x	Nein		Ja
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein		Ja
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	Nein		Ja
				Korridor Thema: durchgeführt am abgestimmt mit